

18.09.98

Fz

Unterrichtung

**durch das Bundesministerium
der Finanzen**

Haushaltsführung 1998

**Überplanmäßige Ausgabe in Höhe von 50 Mio. DM bei Kapitel 3002
Titel 683 15**

**- Indirekte Förderung der Forschungszusammenarbeit und Unter-
nehmensgründungen -**

Die Parlamentarische Staatssekretärin
beim
Bundesminister der Finanzen
Irmgard Karwatzki MdB

Bonn, den 14. September 1998

An den
Präsidenten des Bundesrates

Sehr geehrter Herr Präsident,

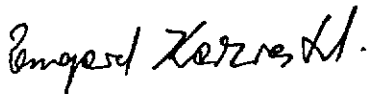
gemäß § 37 Abs. 4 BHO teile ich mit, daß ich auf Antrag des Bundesministeriums für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Technologie meine Einwilligung nach Art. 112 GG erteilt habe, bei Kap. 3002 Tit. 683 15 - Indirekte Förderung der Forschungszusammenarbeit und Unternehmensgründungen - eine überplanmäßige Ausgabe bis zur Höhe von 50.000.000 DM zu leisten.

Im Rahmen der „Allgemeinen mittelstandsbezogenen Innovationsförderung“ (Kap. 3002 Tgr. 31) fördert das Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Technologie u.a. die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Forschung und Entwicklung zwischen kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) bzw. KMU und Forschungseinrich-

tungen („Forschungsk Kooperation“) aus Tit. 683 15. Dieses Programm, das ursprünglich bis zum 30. Juni 1998 befristet war, wurde bereits aufgrund im Haushalt zugelassener Deckungsfähigkeit um 10 Mio. DM auf 223 Mio. DM aufgestockt. Damit sind die Deckungsmöglichkeiten erschöpft. Durch Antragszunahme im Vergleich zum Vorjahr um 20 % sind für weitere Bewilligungen im Rahmen des Programms „Forschungsk Kooperation“ 50 Mio. DM zusätzlich erforderlich.

Die unvorhergesehene überplanmäßige Ausgabe ist unabweisbar, weil die bislang konsequent vorangetriebene Mittelstandspolitik der Bundesregierung ansonsten nachhaltig zurückgeworfen und der inzwischen eingetretene wirtschaftliche Aufschwung gedämpft würde. Besonders in den neuen Ländern wären erhebliche negative Beschäftigungseffekte unvermeidlich. Kleine und mittlere Unternehmen nehmen dort zu 40 % an der Förderung teil. Ein Zuwarten würde eine nicht zu überbrückende Förderlücke entstehen lassen. Nicht zuletzt würde das mühsam aufgebaute Vertrauen in die Verlässlichkeit staatlicher Förderung beeinträchtigt.

Mit freundlichen Grüßen



Irmgard Karwatzki, MdB